



Meron Mendel

## Über Israel reden. Eine deutsche Dabatte

### Ausladen oder zurücktreten bitte!

Was die große Politik in Berlin im Frühsommer 2019 beschlossen hatte, machte sich auch in der kleinen Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt schnell bemerkbar. Das Thema BDS wurde plötzlich hochaktuell, die Diskussionen darüber wurden immer angespannter. Ausgerechnet damals, nur zwei Wochen vor dem Bundestagsbeschluss, luden wir zu einem Streitgespräch ein. Die ironische Überschrift: „Der Nahostkonflikt wird im Plenum gelöst“. Wir erwarteten eine kontroverse Diskussion, denn unter den geladenen Gästen war auch der Journalist Daniel Bax. Dieser hatte sich durch seine zugespitzte Kritik an der israelischen Politik keine Freunde im proisraelischen Lager gemacht. Überrascht hat uns aber, dass die Diskussion schon vor der Veranstaltung eskalierte. Es hagelte Kritik, dass wir Bax überhaupt eingeladen hätten. In der *Jerusalem Post* verglich Benjamin Weinthal den „Israelhasser“ Bax mit dem Neonazi Udo Voigt und „Irans Mullah-Regime“. Auch Sacha Stawski wurde dort zitiert. Der Vorsitzende des Frankfurter Vereins „I Like Israel“ warf mir vor, ein „Feind der proisraelischen Community“ zu sein, da ich als Leiter der Einrichtung für die Einladung verantwortlich war. Schon zuvor hatte Stawski auf seiner Website *Honestly Concerned* unsere Einladung an Bax verurteilt, da dieser „ein Musterbeispiel eines Antizionisten und antisemitischen BDS-Befürworters“ sei. Am Ende seines Kommentars forderte er die „Förderer und Kooperationspartner“ der Bildungsstätte Anne Frank auf, „dem Treiben der derzeitigen Führung“ ein Ende zu setzen. Abraham Cooper vom *Simon Wiesenthal Center*, einer rechtskonservativ-jüdischen NGO aus Los Angeles, legte im genannten Artikel der *Jerusalem Post* sogar noch eins drauf und forderte die Bildungsstätte auf, den Namen Anne Frank aus ihrem Namen zu streichen.

Anfangs dachte ich noch, dass dieser Shitstorm nur in einer rechtsnationalistischen Echokammer wirbelt. Doch dann erreichte mich eine E-Mail von Uwe Becker (CDU), damals Bürgermeister der Stadt Frankfurt. Darin forderte er mich dringlich auf, Bax auszuladen. Die Begründung: Der Journalist sei Mitglied der BDS-Bewegung. Auf meine Nachfrage, ob es dafür Belege gäbe, schickte mir das Stadtoberhaupt einen Link zu einem *taz*-Artikel. Unter dem Titel „Antisemitisch oder kritisch?“ diskutierten dort Bax und ein Redaktionskollege die Frage, ob die Bewegung antisemitisch sei – aber mehr auch nicht. Von einem Bekenntnis zu ihr keine Spur.

Unsere Veranstaltung fand statt wie geplant – mit Daniel Bax und ohne Zwischenfälle. Aber im Nachgang habe ich mich immer wieder gefragt, wie es überhaupt so weit kommen konnte, dass ein gewöhnlicher Diskussionsabend zu einem Politikum wird. Solche Geschichten haben sich seitdem vielfach wiederholt, im Kleinen und im Großen. Es hat sich eine neue Sportart entwickelt: „Such-die-BDS-Verbindung“. Mit dem BDS-Beschluss des Bundestages wurde eine neue Situation geschaffen:

Es reicht nun schon die „Nähe“ einer Person zur BDS, um ihre Ausladung zu fordern. Eine Situation, die die Arbeit von Bildungs- und Kultureinrichtungen sowie wissenschaftlichen Institutionen in Deutschland erschwert. Denn die müssten theoretisch – um dem Wunsch des Bundestags genüge zu tun – die Biografien und Social-Media-Auftritte deutscher und ausländischer Gäste nach Belegen für eine BDS-Nähe durchleuchten, bevor sie diese einladen. Das ist nicht nur schwer umsetzbar, sondern es wäre auch aus demokratischer Perspektive problematisch. (S. 89-91)

\*

### Die Linke und der Nahostkonflikt

Politisch links zu sein, bedeutet in Israel etwas ganz anderes als in Deutschland. Das habe ich gemerkt, als ich als Student an der Ludwig-Maximilians-Universität München den Kontakt mit linken Gruppen suchte. In Israel habe ich mich politisch engagiert, in Deutschland bin ich mit politischen Gruppen und Organisationen nur in Berührung gekommen. Denn bis heute – auch wenn ich mich als Linker definiere – habe ich das Gefühl, in linken deutschen Kreisen ein Outsider zu sein. Dieses Gefühl der Fremdheit hat nur zum Teil mit politischen Differenzen zu tun. Es geht vielmehr um die politische Sozialisation. Sie ist es, die eine kollektive Identität schafft. Darüber hinaus fehlt mir das soziale Know-how, um Teil dieser sehr deutschen Subkultur zu sein.

In München wurde mir klar, dass sich die DNA der linken politischen Sozialisation in Israel von der in Deutschland offensichtlich sehr unterscheidet. Nicht allein, dass mir die sprachlichen Codes, der Kleidungsstil und die Kunst des Zigarettenrollens fremd sind, auch in den Diskussionen konnte ich nicht mithalten. Das lag nicht nur an meinen Sprachkenntnissen, sondern auch daran, dass mir die Vorgeschichten fehlten: Wer gehörte vorher zu welcher Untergruppe? Was hat jemand vor vielen Jahren mal gesagt? Und mit wem war wer schon damals befreundet oder verfeindet?

Irgendwann stellte ich mir die Frage, ob ich mich mit meiner Politisierung in Israel in Deutschland überhaupt links nennen darf. Schließlich waren unsere Feinde nur die Rechten – Siedler im Westjordanland oder die Hooligans der Likud-Partei –, nicht die anderen linken Splittergruppen. Wir kümmerten uns weder um uralte Aussagen anderer Linker noch rieben wir uns in Kämpfen mit anderen auf, die dieselben Ziele wie wir auf unterschiedlichen Wegen erreichen wollten.

Es ist wohl die Überzeugung jeder politischen Gruppe, auf der richtigen Seite der Geschichte zu stehen. Allerdings scheint mir gerade die deutsche Linke der Auffassung zu sein, dass die kleinste politische Differenz schon reicht, um eine andere Gruppe als Feind zu betrachten. Den Eifer und die Energie, mit denen innerlinke Kämp-

fe hier geführt werden, kannte ich aus der politischen Sozialisation meiner Heimat nicht. Und um kein Thema kämpft die deutsche Linke so erbittert wie um das Verhältnis zu Israel, kein Thema hat mehr Bedeutung für die Definition der „Wir-Identität“. Es stimmt, dass der Nahostkonflikt auch für Linke in anderen Ländern ein wichtiges Thema ist, aber nur in Deutschland trägt er so zentral zu einer innerlinken Revierbildung bei. Je länger ich hier war, desto mehr drängte sich mir die Frage auf, warum ausgerechnet er der Maßstab sein soll, welche linke Gruppe auf der „richtigen“ und welche auf der „falschen“ Seite steht.

Mit der Antwort darauf, wie man zu Israel steht, wird also nicht nur eine inhaltliche Position bezogen, sondern auch eine politisch-moralische, die allem anderen vorangeht. Da es hier selten um einen konkreten Sachverhalt, sondern fast immer um die Vergewisserung der Gruppenidentität geht, üben sich alle Beteiligten in Vereinfachungen, um Klarheit über die Bösen und die Guten im Nahostkonflikt zu schaffen. Die Identifikation mit einer Konfliktpartei schafft eine „Wir-Identität“, die bis zur Übernahme der Identitäten des Identifikationsobjekts reicht: das beliebte Tragen eines Palästinensertuchs bei den einen, eines T-Shirts mit IDF-Schriftzug (Israel Defense Forces) bei den anderen.

Zugegeben: Es ist alles andere als leicht, in diesem komplexen und langjährigen Konflikt eine linksprogressive, rassismus- und antisemitismuskritische Haltung zu finden. Trotzdem ist es verwunderlich, dass ausgerechnet ein lokal begrenzter Konflikt auf einem anderen Kontinent so eine zentrale Rolle für die deutsche Linke einnimmt. Es liegt auf der Hand, dass in der linken Debatte über den Konflikt nicht nur die Situation dort verhandelt wird, sondern (und vielleicht sogar mehr) die Frage, wer „wir“ eigentlich sind. Haben „wir“ von der Geschichte gelernt? Sind „wir“ jetzt auf der Seite der Guten?

Die Spaltung der deutschen Linken zwischen „antideutschen Israelfreunden“ und „linksradikalen Israelfeinden“ (Martin Kloke) ist eine nationale Besonderheit und wird außerhalb der Bundesrepublik oft mit Verwunderung aufgenommen. In anderen westlichen Ländern pflegt die Linke seit Ende der 1960er-Jahre meist eine starke antiimperialistische Argumentation, die sich vor allem gegen die vermeintliche Vormachtstellung der USA und Israels richtet, sowohl in wirtschaftlicher als auch militärischer Hinsicht. „Links zu sein heißt, im Nahostkonflikt in der Regel und in den meisten Ländern mehr oder weniger stark die Palästinenser zu unterstützen bzw. Israel kritisch bis feindlich gegenüberzustehen.“ Diese Sichtweise begreift Israel vor allem als westlichen Satellitenstaat in einem nicht westlichen Umfeld, als quasi imperiales oder koloniales Projekt, das mit Geld und Militärleistungen aus den USA am Leben gehalten wird. Der jüdische Charakter Israels wird dabei entweder kleingeredet oder in Verschwörungsmythen eingereicht, wobei es dieser gar nicht zwingend bedarf, um es in der Formel „arme, schwache arabische Ureinwohner wehren sich gegen reiche, gut gerüstete Invasoren“ auf den Punkt zu bringen. Auch in Westdeutschland prägte diese

Sichtweise bis Ende der 1980er-Jahre das Verhältnis der „neuen Linken“ zu Israel. (S. 113-116)

\*

### **Der Wunsch nach jüdisch-israelischen Kronzeugen**

Als ich 2003 nach Frankfurt kam, wusste ich nicht, was „Antideutsche“ sein sollten. Ich arbeitete in der „Zionistischen Jugend“, einer jüdischen Jugendorganisation. Eines Tages kontaktierte mich die Gruppe „Prozionistische Linke“. Ihre Freude über den neuen Israeli war unverkennbar. Lass uns gemeinsam einen „Israeltag“ organisieren, war ihre Idee. Nach einigen Gesprächen wuchs bei mir ein ungutes Gefühl. Ich hatte ihre Sympathie nur, solange ich mich nicht kritisch zu israelischer Politik äußerte. Wenn ich das dann doch tat, wurde meine Kritik in paternalistischer Manier schnell vom Tisch gewischt, mit dem Argument, Deutschen stehe es nicht zu, Israel (oder den damaligen Ministerpräsidenten Benjamin Netanyahu) zu kritisieren. Zu einer Zusammenarbeit kam es am Ende nicht. Ihre anfängliche Begeisterung über den neuen Israeli verwandelte sich in Enttäuschung, sogar Unmut – da ich die mir zugedachte Rolle des leidenschaftlichen Vertreters der israelischen Politik nicht übernehmen wollte.

Die Enttäuschung der Antideutschen in Frankfurt wurde im Lauf der Zeit immer größer. Zu israelkritisch sei ich, zu nah an Muslimen, war der Vorwurf – erst recht, als ich 2016 eine von der antideutschen Gruppe „Thunder in Paradise“ organisierte Pro-Israel-Demonstration kritisierte, weil auf einem Transparent „Palästina, halt's Maul!“ zu lesen war. Angelehnt war der Slogan an die frühen Gründungssprüche der antideutschen Bewegung, doch sollte nun nicht mehr „Deutschland“ sein „Maul halten“ – der Hauptfeind stand nun in der arabischen Welt, was auch eine Entlastungsfunktion haben dürfte. Die gleiche Gruppe machte sich 2018 sogar die Mühe, einen ganzen Text über mich und die Bildungsstätte Anne Frank zu verfassen und online zu stellen. Unter der Überschrift „Die Pädagogen der Demagogen. Zur Islam-Apologie der Bildungsstätte Anne Frank“ beklagten sie die Bagatellisierung des „muslimischen Antisemitismus“. Allein schon der von einer Kollegin und mir verfasste Satz „Nach wie vor bildet ein nationalistisches Weltbild die Leitideologie des Antisemitismus“ galt als Beweis dafür – denn die Kritik an Nationalstaaten verletze zwingend auch die Legitimation Israels. Der Hinweis auf die Gefahr eines nationalistischen Antisemitismus wurde als Relativierung von Juden Hass unter Muslimen gedeutet. Inzwischen werde ich von Aktivisten der antideutschen Gruppe „Bündnis gegen Antisemitismus Kassel“ sogar als „notorischer Antisemitismus-Leugner“ bezeichnet.

Was solche Einzelfälle zeigen, ist insofern paradigmatisch: Anfangs wurde ich als „Freund“ willkommen heißen. Als klar wurde, dass mein Verhältnis zur aktuellen Politik in Israel deutlich kritischer ist und in meiner Analyse der Gefahren für Juden in Deutschland nicht die muslimische Minderheit an erster Stelle stand, wurde ich kurzerhand zum Feind erklärt. Der Vorwurf „Verharmlosung von (muslimischem) Antisemitismus“ geht Antideutschen in jeder Debatte schnell von der Hand.



Doch nicht nur Antideutsche nutzen gern Israelis, um ihre ursprünglichen Positionen zu bestätigen. 2019 löste die Verleihung des Göttinger Friedenspreises an den BDS-nahen Berliner Verein „Jüdische Stimme für gerechten Frieden in Nahost“ eine öffentliche Diskussion aus. Kurz danach wurde ich zu einem Podiumsgespräch im dortigen Nationaltheater eingeladen. Auf dem Podium mit dabei war auch eine ehemalige Israelin vom Vorstand der „Stimme“. Ich war als eine Art Ersatz für einen Vertreter des Zentralrats geladen, da dort niemand der Einladung gefolgt war. Offenbar aus gutem Grund: Die Stimmung in den beiden voll besetzten Sälen – bis in die Balkone hinauf – war ausnehmend befremdlich. Fast 800 Menschen waren gekommen, vor allem ältere Deutsche, wohlgermerkt ohne Migrationshintergrund. In der ersten Reihe fielen Deutsche mit arabischen Parolen am Revers auf. Die Stimmung glich bereits zu Beginn der in einem Fußballstadion. Oder doch der in einem Tribunal? Das Eingangsstatement der israelischen Preisträgerin begeisterte die Zuhörer: „Ich gehöre zu den Tätern, ich schäme mich dafür.“ Donnernder Applaus. Man konnte die Katharsis im Publikum spüren. Endlich sagt eine jüdische Israelin, dass diesmal nicht die Deutschen, sondern Juden – oder Israelis – die Schurken sind.

Die Erfahrung, dass jüdische Kronzeugen in bestimmten linken Kreisen besonders willkommen sind, habe ich in Deutschland immer wieder gemacht. Die Soziologen Klaus Holz und Thomas Haury beschreiben den Ablauf: „Man lässt einen Juden, eine Jüdin sagen, was man sich selbst nicht zu sagen traut. Die Sprecherpositionen werden ignoriert, als wäre die Kritik an ›meinem‹ Kollektiv dasselbe wie die Kritik an einem anderen Kollektiv, und, mehr noch, als könne die Differenz zwischen jüdisch-israelischen resp. jüdisch-deutschen und einer nicht jüdisch-deutschen Selbst- und Fremdverortung nach Jahrhunderten des Antisemitismus und nach der Shoah eine vernachlässigbare Größe sein.“<sup>4</sup> Weiter heißt es: „Die Verwendung (vermeintlicher) jüdischer Kronzeug\*innen als ›gute Juden‹ ist seit alters her vielfach geübte Praxis der Antisemit\*innen.“

In der deutschen Öffentlichkeit Position zu Israel zu beziehen, kommt mir manchmal wie die Kunst des Seiltanzes vor. Denn natürlich habe ich als linker Israeli weiterhin Kritik am israelischen Besatzungsregime und an einer Politik, die die Verhandlungen lieber in die Ferne verschieben als herbeiführen möchte – und ich möchte diese Kritik auch äußern können. Ich frage mich immer wieder, wie ich meine Kritik formulieren kann, ohne gleich von radikalen antiisraelischen Kreisen als Kronzeuge bejubelt zu werden. Zugegebenermaßen fällt es mir hier deutlich schwerer als bei der Distanzierung von Vereinnahmungsversuchen durch Antideutsche. Über die Jahre in Deutschland habe ich immer wieder die Erfahrung gemacht, dass meine Kritik aus dem Kontext gerissen wird. Dabei ist gerade Differenzierung notwendig – und es sind beide Seiten, die diese vermissen lassen.

Warum aber spielt dieser komplizierte, verfahrenere Konflikt überhaupt eine Rolle, wenn man zusammen gegen Kapitalismus oder für LSBTIQ\*-Rechte eintritt? Die

Positionierung zur Israel-Palästina-Frage ist, wie schon eingangs geschildert, nicht nur irgendeine innerlinke Debatte, sie ist die identitätsstiftende Frage schlechthin. Sie steht vor jeder anderen Diskussion, quasi als Gesinnungstest. Ist der andere Freund oder Feind? Unbemerkt instrumentalisieren Linke die „Israelfrage“ für eine Bildung ihrer eigenen Gruppenidentität(en).

Die Historikerin Shulamit Volkov hat den Begriff des „kulturellen Code“ geprägt, um Antisemitismus im deutschen Bürgertum Ende des 19. Jahrhunderts zu verstehen.<sup>5</sup> Juden waren Symbole von Bildung, Freiheit und Menschlichkeit, und das Verhältnis zu ihnen markierte die eigene Selbstverortung in der Gesellschaft. Heute scheint in der deutschen Linken das Verhältnis zu Israel der kulturelle Code zu sein: die Absicherung der eigenen Gruppenidentität und die Abgrenzung von den anderen. (S. 131-135)

\*

Das bedeutet nicht, dass Israel und Israelis in Deutschland mit Samthandschuhen angefasst werden müssen. Aus meiner Sicht besteht kein Zweifel daran, dass die israelische Politik seit dem Krieg von 1967 falsch abgebogen ist. Das war schon damals vielen klar, aber die Folgen sind heute viel stärker zu spüren – besonders seit dem Mord an Jitzchak Rabin 1995 und dem Scheitern der Friedensverhandlungen mit den Palästinensern in den Jahren danach. Um wieder in die richtige Spur zu finden, ist Israel – mehr denn je – auf die Hilfe seiner Freunde in aller Welt angewiesen. Die aktuelle rechtspopulistische und rechtsextremistische Regierung von Benjamin Netanjahu stellt die deutsche und europäische Außenpolitik vor eine große Herausforderung. Wie kann Deutschland als Verbündeter Israels die einzige Demokratie im Nahost vor sich selbst retten?

Angesichts der politischen Entwicklungen in Israel ist die Zeit gekommen, die bisherigen Grundannahmen der „besonderen Beziehungen“ zwischen den Ländern auf den Prüfstein zu stellen. Denn mit dem Aufstieg des religiösen Nationalismus und demokratiefeindlicher Kräfte an die Macht drohen die Fundamente der deutsch-israelischen Beziehungen zu erodieren. Sie stellen eine existenzielle Gefahr für die humanistische Vision eines jüdischen demokratischen Staats dar. Eine neue Staatsräson für Israels Sicherheit muss dem stärker Rechnung tragen; die Frage ist, ob Israel noch vor sich selbst zu retten ist. Oder konstruktiver formuliert: Wie kann Deutschland die friedlichen und demokratischen Kräfte unterstützen? Es kann nicht sein, dass mit Verweis auf die „besonderen Beziehungen“ Rechtsextreme – auch solche mit Ministerposten – in Israel legitimiert werden. Es braucht heute eine moralisch legitimierte Politik, die den demokratischen und humanistischen Kräften in der israelischen Gesellschaft und Politik zur Seite steht. Es braucht eine klare Absage an den Rechtsextremismus, auch wenn er im israelischen Kabinett auftritt. Das wäre auch ein Ausdruck dafür, dass Deutschland eine Lehre aus der Geschichte gezogen hat.

Ich wünsche mir, dass in Zukunft die Friedensarbeit im Mittelpunkt der deutsch-israelischen Beziehung stehen

wird. Zum Beispiel die Frage, wie wir in Deutschland Israelis und Palästinensern helfen können, ohne den Brandstiftern auf beiden Seiten in die Hände zu spielen. Es gibt genug Beispiele dafür, dass deutsche Institutionen konstruktiv in die israelische Zivilgesellschaft hineinwirken. Sei es die Arbeit der Stiftungen deutscher Parteien in Israel – von der Rosa-Luxemburg- bis zur Konrad-Adenauer-Stiftung oder die Arbeit der Freiwilligen der Aktion Sühnezeichen Friedensdienste. Sie alle versuchen, friedliche Kräfte innerhalb der israelischen und der palästinensischen Gesellschaft zu stärken – und so dem Frieden im Nahen Osten einige Millimeter näher zu kommen.

Es erstaunt mich immer wieder, wie anfällig bestimmte Teile der deutschen Gesellschaft für die Propaganda rechter Regierungen in Jerusalem sind. Andere wiederum – vor allem in muslimisch-migrantischen Milieus – fallen zu oft auf extremistische Kräfte aus Gaza und Libanon herein. Statt reflektierter Positionen haben derzeit einseitige emotionale Solidaritätsbekundungen Hochkonjunktur.

Die in diesem Buch dargestellten Kontroversen – von innerlinken Kämpfen und den Varianten des Historikerstreits, vom BDS-Beschluss des Bundestags 2019 bis zur Documenta 2022 – zeigen, wie sich in Deutschland Lagerdenken verfestigt. Aktuell gibt es kaum noch einen Raum, in dem man die Situation in Israel und den palästinensischen Gebieten offen analysieren könnte – jenseits von ideologischen Festlegungen und Vorurteilen. Derzeit scheint der einzige Zweck einer Debatte darin zu bestehen, die jeweils eigene Position zu verkünden, von Fans bestätigen zu lassen und die Ansichten des Gegners zu delegitimieren.

Die Dynamik dahinter hat die Politikwissenschaftlerin Chantal Mouffe einmal sehr treffend analysiert. Sie warnte vor einer Situation, in der Politik im Register der Moral ausgetragen wird. Denn dann werden Opponenten als „Feinde“ begriffen und auch so behandelt: „Mit den ›bösen anderen‹ ist keine agonistische Diskussion möglich – sie müssen beseitigt werden.“ Dieser Satz ging mir oft durch den Kopf, als ich im Mai 2021 die Demonstrationen zum Israel-Gaza-Konflikt in einigen deutschen Städten beobachtet habe.

Wird es jemals möglich sein, hier in Deutschland eine sachliche Debatte über Israel zu führen? Oft werde ich gefragt, was ich von meinen deutschen Freunden erwarte: Wie sollen sie sich zu Israel äußern? Dann fällt mir ein, was die afroamerikanische Dichterin Pat Parker einmal zu ihren weißen Freunden gesagt hat: „Erstens: Vergiss, dass ich Schwarz bin. Zweitens: Vergiss nie, dass ich Schwarz bin.“ Übertragen auf die deutsche Debatte zu Israel bedeutet das: Erstens, vergiss, dass Israel nach Auschwitz entstanden ist. Zweitens, vergiss nie, dass Israel nach Auschwitz entstanden ist. Und wer sich darüber beklagt, dass diese Forderung so entsetzlich widersprüchlich ist, hat damit verdammt recht. (S. 183-186)

*Dr. Meron Mendel, Jg. 1976, ist Pädagoge, Professor für Soziale Arbeit und Direktor der Bildungsstätte Anne Frank in Frankfurt Main.*

*Mit freundlicher Genehmigung aus:  
Meron Mendel "Über Israel reden"*

© 2023 by Verlag Kiepenheuer & Witsch, Köln.

*Wiedergegeben wurden die Seiten 89-91, 113-116, 131-135, 183-186 ohne Anmerkungen.*

Aus der Verlagsankündigung:

Über kaum ein anderes Land wird in Deutschland so viel geredet und gestritten: Zu Israel hat jeder eine Meinung. Warum ist das so? Wieso hat der Nahostkonflikt eine solche Bedeutung? Und warum ist die Debatte so emotional – und oft so vergiftet?

Als Meron Mendel vor zwanzig Jahren nach Deutschland kam, stellte er überrascht fest, welche Bedeutung sein Heimatland Israel hier im öffentlichen Diskurs hatte. Schon damals konnten nahezu alle, mit denen er sprach, klare Positionen zu Israel und seiner Politik formulieren.

Heute werden die Debatten noch heftiger geführt. Zuletzt haben sich Skandale aneinandergereiht – vom öffentlichen Streit um den antiisraelischen Philosophen Achille Mbembe im Jahr 2020 bis zur Documenta-Debatte von 2022. Einerseits wird eine Art „Freundschaftspflicht“ aufgrund der NS-Vergangenheit und dem andauernden Antisemitismus in Deutschland proklamiert. Andererseits stellt sich die Frage, wie Deutschland auf den sich verschärfenden Rechtskurs der Regierung in Jerusalem reagieren soll.

Meron Mendel schildert in diesem Buch, wie das Verhältnis zu Israel und zum Nahostkonflikt in Deutschland verhandelt wird, in der Politik und in den Medien, unter Linken, unter Migrant\*innen und unter Juden.

<https://www.kiwi-verlag.de/buch/meron-mendel-ueber-israel-reden-9783462003512>

